



Samstag, 11. Februar 2023, 15:58 Uhr
~3 Minuten Lesezeit

Diffamiert und zensiert

Der Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser wehrt sich gegen zahlreichen Auftrittsverbote.

von Susan Bonath
Foto: Rawpixel.com/Shutterstock.com

Ob die zahlreich vom Westen geführten Kriege, etwa in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Syrien und so weiter, die Anschläge vom 11. September 2001 oder nun der Militäreinsatz Russlands in der Ukraine: Wer wie Daniele Ganser die Erzählungen der Herrschenden hinterfragt, muss viel aushalten. Mit allen Mitteln will das Establishment verhindern, dass der Schweizer Historiker die Hallen füllt. Diffamierungskampagnen der Leitmedien sorgten zuletzt in Dortmund und Nürnberg, Innsbruck und Steyr für so heftigen politischen Aufruhr, dass die Veranstalter seine geplanten Vorträge zum Ukraine Konflikt absagten. Wie

geht Ganser damit um? Die Autorin hat mit ihm gesprochen.

Medien fordern politische Zensur

Es sei immer das Gleiche, blickt Ganser auf die vergangenen Jahre zurück. Werde ein Vortrag bekannt, starteten zunächst die großen Medien eine Kampagne. „Sie schreiben die Kampfbegriffe gegen meine Person einfach voneinander ab“, resümiert er. In der Tat wird man im Internet rasch fündig: Schon in Überschriften wird er als „brandgefährlicher Verschwörungstheoretiker“ und Schlimmeres markiert. „Die Medienvertreter rufen dann vermutlich bei Politikern an, fragen: Wie könnt ihr den nur auftreten lassen?“

In Dortmund etwa habe sich so ein politisches Konglomerat aus CDU, Grünen und einem ominösen „Bündnis“ gebildet. Dies sei über Gansers geplanten Auftritt „irritiert“, „fassunglos“ und „entsetzt“, heißt es bei **Ruhr24** (<https://www.ruhr24.de/dortmund/daniele-ganser-dortmund-westfalahalle-youtube-nrw-veranstaltungen-maerz-2023-vortraege-92041041.html>). Das Portal gehört zum Verlag Lensing Media, dem größten Medienunternehmen in Nordrhein-Westfalen. Ohne einen Beweis zu erbringen, beschuldigen die Autoren dort Ganser gar als „Verbreiter antisemitischer Thesen“. Hört man seinen Einlassungen jedoch zu, wird schnell klar: Dieser Vorwurf ist absurd, eine denunzierende Falschbehauptung.

Meinungsfreiheit vor Gericht

Seinen unter anderem in Dortmund geplanten Vortrag hat der

Historiker schon öfter gehalten. „Darin sage ich, Deutschland sollte keine Panzer liefern.“ Dies sei wohl Lokalpolitikern von den Grünen, der SPD und CDU aufgestoßen. „Sie haben Druck auf die Westfalahallen GmbH gemacht, und diese konnte dem nicht standhalten“, erläutert Ganser. Anfang Februar hätten sie ihm gekündigt. Im bayrischen Nürnberg sei es ähnlich gelaufen. „Dort hat der Bürgermeister Marcus König (CSU) die Meistersingerhalle angewiesen, den gültigen Vertrag mit mir zu kündigen.“ Der Termin sollte am 10. Mai 2023 stattfinden, 800 Tickets sind schon verkauft.

Bürger rufen derweil in Dortmund zu einer Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit statt Meinungstotalitarismus“ auf. Im Stadtrat wehrt sich eine Minderheit gegen das Verbot. Auch Ganser will sich wehren. „Ich will diesen Vortrag unbedingt halten, ich und mein Team werden juristisch gegen die Kündigung unseres gültigen Mietvertrages vor dem Landgericht in Dortmund klagen“, erläutert der Historiker. Er bittet die Ticketinhaber um Geduld. „Zensur findet nicht statt, so heißt es zumindest im Grundgesetz.“

„Der Sturm wird stärker, ich auch.“

Die Stimmungsmache der Meinungsführer gegen seine Person ist Ganser gewohnt. Die Härte nehme jedoch zu, in Deutschland interessanter Weise vor allem in den westlichen Bundesländern.

Im Osten habe ihm noch kein Veranstalter abgesagt. Offenbar fürchtet dort die Politik eher den Widerstand aus der Bevölkerung. Kritische Menschen gebe es überall, meint Ganser, aber in Ostdeutschland seien sie wohl etwas zahlreicher.

Ihn verwundert, dass neuerdings die Grünen besonders scharf für Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet plädieren. Früher habe er selbst die Schweizer Grünen gewählt, mit dem Jugoslawienkrieg sei

dies vorbei gewesen. Weder arbeite er für eine Partei noch sei er Mitglied einer solchen, betont er und fügt an: „Gerade in Kriegszeiten ist es wichtig, dass auch jene Menschen sich zu Wort melden, die Panzerlieferungen ablehnen und keine Eskalation, sondern Friedensgespräche wollen.“ Zu ihnen zählt er sich.

Ganser verdeutlicht, er verurteile „den illegalen Einmarsch von Putin in die Ukraine, aber auch den illegalen Putsch von Obama von 2014, der die Ukraine ins Chaos gestürzt und einen Bürgerkrieg ausgelöst hat“. Und augenzwinkernd ergänzt er: „Man muss sich in diesen Zeiten nicht Politikern orientieren, sondern an Pippi Langstrumpf, die sagte: ‚Der Sturm wird stärker, ich auch.‘“

Redaktionelle Anmerkung: Die Veranstalter der Vorträge von Dr. Daniele Ganser verfassten im Zuge der zahlreichen Veranstaltungs-Absagen eine **Deklaration an die Friedensbewegung** (<https://apolut.net/deklaration-an-die-friedensbewegung/>).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Susan Bonath, geboren in der DDR, arbeitet seit 2004 als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die **junge Welt**. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Kapitalismuskritik, Arbeit und Soziales. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.